

Antrag 57/I/2021

SPD-OV Bückeberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Reform der Niederlassungsregeln für Allgemeinmediziner und Fachärzte

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Verfahren der Zuteilung von vakanten Arztpraxen, oder Neu-
2 eröffnung von solchen in Städten und Gemeinden zu reformieren und transparenter zu machen. Außerdem
3 soll das Verfahren einer parlamentarischen Kontrolle unterstellt werden.

4

5 Begründung

6 Bisher untersteht das Zuteilungsverfahren von Niederlassungsplätzen dem gemeinsamen „Bundesaus-
7 schuss von Ärzten und Krankenkassen“. Hier wird hinter verschlossenen Türen entschieden, welche und
8 wie viele Praxen in einer Stadt oder Gemeinde zugelassen werden.

9 Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sollen bei der Zuteilung eine Rolle spielen. Dabei werden die Praxen
10 mit einer max. Patientenanzahl von 1600 bis 1700 Personen kalkuliert.

11 Der Zulauf in den meisten Arztpraxen ist aber sehr häufig erheblich höher, so dass viele Ärzte schon an der
12 Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind und die Aufnahme neuer Patienten ablehnen. Fallen eine
13 oder zwei Arztpraxen in einer kleineren Gemeinde aus, droht der Kollaps.

14 Bei Fachärzten wie z.B. Dermatologen, Augenärzten, Kardiologen ist das Verhältnis noch erheblich ungüns-
15 tiger.

16 Die Möglichkeit durch die Kommunen geschaffene Standortvorteile aufzugreifen oder Wunschwohnorte
17 auszusuchen besteht bisher nur sehr eingeschränkt.

18 Um das Ausbluten des ländlichen Raumes zu verhindern, müssten Interessenten für Landarztpraxen von
19 den Ärztekammern im Abrechnungsverfahren mit den Kassen bevorzugt werden.

20 Wir bitten diesen Antrag an die zuständigen Gremien im Bundesvorstand weiterzugeben oder / und eine
21 entsprechende Initiative der Landesregierung im Bundesrat zu starten.

22

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

1

2 **Reform der Niederlassungsregeln für Haus- und FachärztInnen**

3 Der SPD-Landesverband Niedersachsen setzt sich für eine Reform der Bedarfsplanungsrichtlinie bei der Zu-
4 lassung von Ärztinnen und Ärzten in der kassenärztlichen Versorgung ein. In diesem Zusammenhang setzt
5 sich die SPD Niedersachsen für eine transparente Vergabe ein, welche kleinräumigere Zulassungsgebiete im
6 hausärztlichen Bereich sowie den meisten fachärztlichen Gebieten vorsieht, sodass lokale Bedarfe besser
7 berücksichtigt werden können. Weiterhin spricht sich die niedersächsische SPD für eine stärkere parlamen-
8 tarische Mitsprache bei der Festlegung der Bedarfsplanungsrichtlinie aus.